

**Entwicklungszusammenarbeit und
Humanitäre Hilfe
der Stadt Wien**

Jahresbericht 2015



StADt  Wien

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	3
2. Entwicklungszusammenarbeit.....	5
2.1. Bangladesch.....	5
2.2. Indien.....	7
2.3. Kenia.....	9
2.4. Kosovo.....	11
2.5. Libanon.....	13
2.6. Mali.....	15
2.7. Nepal.....	17
2.8. Serbien.....	19
2.9. Simbabwe.....	21
2.10. Süd-Sudan.....	23
2.11. Uganda.....	25
2.12. Uganda (2).....	27
3. Sonderprojekt Südafrika.....	29
4. Wiederaufbauhilfe: Nepal - Bundesländerprojekt.....	31
5. Entwicklungspolitische Fachtagung.....	33
6. Entwicklungspolitische Bildungsarbeit.....	35
7. Humanitäre Hilfe.....	36
7.1. Spitalsbekleidung für den Kosovo.....	36
7.2. Schulmöbel für die Slowakei.....	37
7.3. Spitalsmöbel für Rumänien.....	38
7.4. Spitalsbetten für die Ukraine.....	39
7.5. Schulmaterialien für die Ukraine.....	39
7.6. Unterstützung humanitärer Hilfslieferungen.....	40
8. Vernetzung.....	41
Impressum.....	42

1. Einleitung

Das Land Wien leistet - wie auch alle anderen österreichischen Bundesländer – einen Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit. Wien erachtet demgemäß die globale Armutsminderung als gesamt-gesellschaftliche und gesamt-staatliche Aufgabe, für die es Engagement und Ressourcen bereitzustellen gilt.

Die Magistratsdirektion – Geschäftsbereich Europa und Internationales (MD-EUI) ist für die Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe der Stadt Wien verantwortlich. Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) wurden NGOs bei der Durchführung von Entwicklungsprojekten in Afrika, Asien und Osteuropa unterstützt. Dazu erging im Jänner 2015 eine Einladung zur Einreichung von Förderanträgen („Call for proposals“) zum Titel „Unsere Welt, unsere Würde, unsere Zukunft: Förderung von Projekten im Europäischen Jahr für Entwicklung“.

Das Jahr 2015 war eine entscheidende Phase für die internationale Entwicklungspolitik, da die Frist zur Umsetzung der von der Staatengemeinschaft vereinbarten Millenniumentwicklungsziele (MDG) abgelaufen ist. In diesem Jahr wurden mit den Sustainable Development Goals (SDG) Vereinbarungen für die folgenden Jahre getroffen und der Fokus lag auf der Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung.

Vor dem Hintergrund dieser internationalen Diskussionen schätzte auch die Europäische Union das Jahr 2015 als besonders geeignet ein, um intensiv und öffentlich über die europäische Entwicklungszusammenarbeit und die Rolle der EU und ihrer Mitgliedstaaten in der globalen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitspolitik zu diskutieren. Auf Vorschlag der Europäischen Kommission erklärten das Europäische Parlament und der Rat deshalb das Jahr 2015 zum Europäischen Jahr für Entwicklung (Beschluss 472/2014/EU, 16. April 2014). Das Motto lautete „Unsere Welt, unsere Würde, unsere Zukunft“.

In einer sich rasch ändernden Welt ist eine kontinuierliche Unterstützung der Entwicklungszusammenarbeit unentbehrlich. Rund 1,3 Milliarden Menschen leben nach wie vor in extremer Einkommensarmut, bei weitaus mehr Menschen sind die Grundbedürfnisse noch immer nicht ausreichend erfüllt. Die Ungleichheit innerhalb einzelner Länder hat fast überall auf der Welt zugenommen. Die natürliche Umwelt ist zunehmendem Druck ausgesetzt und die Entwicklungsländer leiden besonders stark unter den Auswirkungen des

Klimawandels. Diese weltweiten Herausforderungen stehen in Wechselbeziehung zueinander und müssen von allen Ländern gemeinsam angegangen werden.

Die Stadt Wien unterstützte die Initiative der Europäischen Union und anderer EZA-Akteure in Österreich mit der Ausrichtung des Jahresschwerpunktes auf die MDGs. Damit sollte zum Abschluss der Laufzeit der MDGs das Bewusstsein für die wichtigsten Handlungsfelder unterstrichen werden.

Der „Call for Proposals 2015“ der Stadt Wien stützte sich daher inhaltlich auf die Millennium Development Goals der Vereinten Nationen und vergab Förderungen für EZA-Projekte die:

1. Extreme Armut und Hunger bekämpfen (MDG 1)
2. Allgemeine Grundschulbildung verwirklichen (MDG 2)
3. Gleichstellung der Geschlechter fördern und die Rolle von Frauen stärken (MDG 3)
4. Die Kindersterblichkeit senken (MDG 4)
5. Die Gesundheit von Müttern verbessern (MDG 5)
6. HIV/Aids, Malaria und andere schwere Krankheiten bekämpfen (MDG 6)
7. Die ökologische Nachhaltigkeit sichern (MDG 7)
8. Eine weltweite Entwicklungspartnerschaft aufbauen (MDG 8)

Zusätzlich zu den im „Call for Proposals“ definierten Ausschreibungskriterien mussten grundsätzlich folgende Qualitätskriterien erfüllt werden:

1. NGO mit Sitz in Wien und EZA-Erfahrung
2. Ein- bis dreijähriges Projekt in einem Projektland laut DAC-Liste der OECD
3. Armutsbekämpfung
4. Empowerment (Befähigung)
5. Nachhaltigkeit
6. Gender Equality
7. Audit durch einen Chartered Accountant im Projektland

2. Entwicklungszusammenarbeit

2.1. Bangladesch



Projektland: Bangladesch

Hauptstadt: Dhaka

Größe: 147.570 km²

Einwohnerzahl: 160 Mio.

Sprachen: Bengalisch u.a.

Human Development Index (HDI): 0, 558 (142.)

Projekträger: SONNE Österreich

Laufzeit: 1.8.2015 bis 31.7.2016

Förderung: EUR 20.000,-

Titel: „Förderung marginalisierter Frauen“

Ausgangslage:

Als einer der dichtest besiedelten Staaten der Erde, zählt Bangladesch mit mehr als 158 Millionen EinwohnerInnen zu den ärmsten Ländern der Welt. Gemäß dem Human Development Index der Vereinten Nationen liegt Bangladesch bei 187 erfassten Staaten an 142. Stelle. Wiederkehrende Naturkatastrophen und inakzeptable Arbeitsverhältnisse in der Textilindustrie sind nur zwei Problemfelder, die für die Lebensumstände der Bevölkerung von hoher Relevanz sind. In den Slumgebieten der Hauptstadt Dhaka leben mehrere Millionen Menschen unter der Armutsgrenze, wobei vor allem alleinstehende Frauen und Mädchen sozial benachteiligt sind. Mangelnde Bildung, geringer Zugang zu medizinischer Versorgung, aber auch geringes handwerkliches und wirtschaftliches Know-how sind Ursachen für Arbeitslosigkeit, Ausbeutung und Diskriminierung.

Maßnahmen:

Um dieser Situation entgegenzuwirken, wird die entwicklungspolitische Organisation SONNE-International gemeinsam mit SONNE-Bangladesch ein Projekt zur Förderung von marginalisierten Frauen durch einkommensschaffende Maßnahmen in Mohammadpur, Dhaka City, umsetzen. In einem sechsmonatigen Kurs werden 100 Frauen zu Schneiderinnen ausgebildet. Die Ausbildungsinhalte umfassen die Herstellung von Kleidung

sowie die Produktion von Puppen und Spielzeug. Um die Vermarktung der erzeugten Produkte zu gewährleisten, wird ein Verkaufslokal in Dhaka eingerichtet. Der Erlös des Verkaufs kommt den Herstellerinnen zu Gute und trägt daher zur Verbesserung ihres Haushaltseinkommens bei. Der Fair-Trade-Ansatz und die Verwendung von organischen Stoffen bei der Textilverarbeitung sind weitere Projektziele. Bei der Schulung wird besonderes auf die Verwendung von traditionellen, einheimischen Stoffen geachtet, deren qualitative Weiterverarbeitung in Kombination mit Marketingaktivitäten einen komparativen Wettbewerbsvorteil ergeben. Neben der handwerklichen Ausbildung erfolgt auch ein Training in Organisationsentwicklung für die Frauen. Das neu erlernte Know-how wird es den Frauen nach dem Ende des Projekts ermöglichen, am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen und ein eigenständiges Einkommen zu erwirtschaften.



Foto: SONNE

2.2. Indien



Projektland: Indien

Hauptstadt: Neu Delhi

Größe: 3.287.469 km²

Einwohnerzahl: 1,2 Mrd.

Sprachen: Hindi u.a.

Human Development Index (HDI): 0,586 (135.)

Projektträger: Humana – Verein für Entwicklungszusammenarbeit

Laufzeit: 1.10.2015 bis 30.9.2016

Förderung: EUR 20.000,-

Titel: „Frauenselbsthilfe für Ernährungssicherheit und Gesundheit“

Ausgangslage:

Der indische Bundesstaat Uttar Pradesh zählt rund 200 Millionen EinwohnerInnen und ist damit die bevölkerungsreichste subnationale Entität der Welt. Uttar Pradesh ist ein wichtiges Reis- und Weizenanbaugebiet im Norden Indiens, das durch kleinbäuerliche Produktionseinheiten gekennzeichnet ist. Trotzdem sind in dieser Region Armut und Hunger weit verbreitete Entwicklungshemmnisse. Nur 77 Prozent der Männer und 57 Prozent der Frauen können lesen und schreiben. Die Alphabetisierungsquote ist damit niedriger als der Landesdurchschnitt von 73 Prozent. Auch die Ernährungssicherheit wird vom Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen als unsicher eingestuft. Im Bezirk Unnao leben beispielsweise 60 Prozent der Bevölkerung in absoluter Armut.

Maßnahmen:

Um die Lebensumstände der Bevölkerung in 30 Gemeinden des Bezirks Unnao zu verbessern, wird Humana Österreich gemeinsam mit der indischen Niederlassung ein einjähriges Projekt mit dem Fokus auf Ernährung und Gesundheit realisieren. Dazu werden zunächst 1.300 Frauen in 100 Selbsthilfegruppen organisiert. Die Frauen erhalten eine intensive Schulung in landwirtschaftlichen Anbaumethoden, wobei ein Schwerpunkt auf die Kultivierung von Gemüse, Obst und Kräuter gelegt wird. Dazu werden 100 Schulungsgärten durch die Selbsthilfegruppen angelegt. Ebenso werden Workshops zur Lebensmittelhygiene bei der Ernte, der Verarbeitung, der Lagerung und der Zubereitung abgehalten. Der nachhaltige Umgang mit Ressourcen - allen voran mit Wasser - ist ein wichtiger Lehrinhalt.

Ein weiterer Projektinhalt ist die Stärkung der Rolle der Frauen in der Gesellschaft. Im Zentrum der Schulungsmaßnahmen stehen Frauenrechte sowie die Eröffnung von Zugangsmöglichkeiten zu staatlichen Gesundheits- und Sozialeinrichtungen. Vorträge zum Thema reproduktive Gesundheit und Kinderbetreuung ergänzen dieses Angebot. So wird ein Beitrag zum Kapazitätsaufbau von marginalisierten Frauen in einer ländlichen Region Indiens geleistet. Dies trägt zur Verringerung der etablierten Hindernisse zur Gleichstellung der Geschlechter bei.



Foto: Bernhard Bouzek, MD-EUI

2.3. Kenia



Projektland: Kenia

Hauptstadt: Nairobi

Größe: 580.367 km²

Einwohnerzahl: 45 Mio.

Sprachen: Swahili u.a.

Human Development Index (HDI): 0,535 (147.)

Projekträger: Arbeiter-Samariter-Bund Österreichs (ASBÖ)

Laufzeit: 1.10.2015 bis 28.2.2017

Förderung: EUR 20.000,-

Titel: „FGM-Projekt“

Ausgangslage:

Die Weibliche Genitalverstümmelung (engl. Female Genital Mutilation, FGM) ist eine weltweit verbreitete Praktik, die unter Berufung auf Tradition für Millionen Frauen eine erhebliche gesundheitliche Bedrohung darstellt. FGM ist eine Form von Gewalt und bereitet den Betroffenen lebenslange physische und psychische Schmerzen. Die Weibliche Genitalverstümmelung ist mit ein Grund für die hohe Müttersterblichkeit in Entwicklungsländern und ein wesentliches Entwicklungshemmnis. Global sind zirka 150 Millionen Frauen von FGM betroffen, wobei in 28 afrikanischen Staaten bis zu 90 Prozent der Frauen und Mädchen genital verstümmelt sind. In Kenia sind 27 Prozent der Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren beschnitten. Die Regierung Kenias hat internationale Konventionen gegen FGM unterzeichnet und im Jahr 2011 die Weibliche Genitalverstümmelung unter Strafe gestellt.

Maßnahmen:

Um eine Bewusstseinsänderung bei der lokalen Bevölkerung zu erreichen wird nun der Arbeiter-Samariter-Bund Österreichs gemeinsam mit der kenianischen Nicht-Regierungsorganisation „Kanacho Nomadic Educational Foundation, KNEF“ ein Projekt in Hurri Hills, in der Region Marsabit, im Norden des Landes umsetzen. Das Vorhaben baut auf Erfahrungswerten eines bereits im Jahr 2013 mit Unterstützung der Stadt Wien initiierten Projektes auf. In der Projektregion leben ca. 7.000 Angehörige der ethnischen Gruppe der Gabra von der nomadisierenden Viehwirtschaft. Das strategische Ziel des Projekts ist die

nachhaltige Unterbindung von FGM und der Ersatz dieser frauendiskriminierenden Maßnahme durch ein gesellschaftlich akzeptiertes, alternatives Initiationsritual.

In einer ersten Phase wird ein Auftaktevent mit den DorfbewohnerInnen und traditionellen Autoritäten abgehalten und über die negativen Folgen von FGM aufgeklärt. Weiters wird über die Bedeutung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit informiert. Gleichzeitig werden Personen, die sich von FGM abgewandt haben, zu Wort kommen. In einer zweiten Phase erfolgen Schulungen für Erwachsene und Jugendliche zu den Themen Gesundheit und Sexualität. Begleitend dazu werden Frauengruppen gegründet und eine alternative Rolle für die Beschneiderinnen erarbeitet. Für zehn ehemalige Beschneiderinnen wird ein kleines Startkapital bereitgestellt und ein Training zum Einkommenserwerb in der Landwirtschaft, im Handel bzw. als Korbflechterin angeboten. In einer dritten Phase werden Trainings für Mädchen im Alter von zwölf bis fünfzehn Jahren und deren Familien abgehalten. Am Ende steht ein neues, einwöchiges Initiationsritual bei dem den jungen Frauen Wissen in Bezug auf Geschlechterrollen, Sexualität, Gesundheit und Familienplanung vermittelt wird. Da die Projektinhalte dauerhaft in den Lehrplan der örtlichen Schulen implementiert werden, ist auch das Kriterium der Nachhaltigkeit in hohem Maß erfüllt.



Foto: ASBÖ

2.4. Kosovo



Projektland: Kosovo

Hauptstadt: Prishtina

Größe: 10.887 km²

Einwohnerzahl: 1,8 Mio.

Sprachen: Albanisch, Serbisch u.a.

Human Development Index (HDI): 0,786 (51.)

Projektträger: Volkshilfe Österreich

Laufzeit: 1.8.2015 bis 31.7.2016

Förderung: EUR 20.000,-

Titel: „ReproEdu“

Ausgangslage:

Im Südwesten der Republik Kosovo liegt die Großgemeinde Rahovec, in der rund 70.000 Menschen leben. Neben der albanischen Bevölkerungsmehrheit finden sich auch Angehörige der serbischen Volksgruppe sowie Roma, Ashkali und Balkan-ÄgypterInnen. Die Region ist durch weit verbreitete Armut und Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Im Bildungsbereich sind besonders die Problematiken des vorzeitigen Schulabbruchs, das Fehlen einer Sexualaufklärung im Schulunterricht und die frühe Verheiratung junger Mädchen gegeben. Rund vier Prozent der Mädchen im Alter von zwölf bis vierzehn Jahren brechen die Schule ab und heiraten. Bei der Gruppe der fünfzehn bis siebzehnjährigen Mädchen, die eine Sekundarschule besuchen, verlassen weitere fünfzehn Prozent die Bildungseinrichtung, um zu heiraten. Die Gründe dafür sind einerseits der niedrige Grad an Bildung und die schwache ökonomische Situation der Eltern, andererseits soziokulturelle Werthaltungen zur Rolle junger Frauen in der Gesellschaft. Da Informationen zu Sexualität, Schwangerschaft und sexuell übertragbaren Krankheiten fehlen bzw. tabuisiert werden, sind Teenagerschwangerschaften und nicht behandelte gynäkologische Probleme weit verbreitet. Zudem sind die jungen Frauen nach der Hochzeit verpflichtet, in den Haushalt der Eltern des Mannes zu ziehen, wo sie ohne Zugang zu Bildung oder eigenem Einkommen leben müssen.

Maßnahmen:

Die Volkshilfe Österreich wird daher mit der lokalen Hilfsorganisation Hareja ein einjähriges Projekt zur Verbesserung des Wissens über reproduktive Gesundheit und Stärkung der Rechte von jungen Frauen umsetzen. Die direkt Begünstigten des Projekts sind etwa 6.900 SchülerInnen im Alter von zwölf bis achtzehn Jahren, die in Vorträgen und Workshops Informationen zur Bedeutung der Bildung bzw. zum Thema Sexualität vermittelt bekommen. Besondere Schwerpunkte der Vorträge werden dabei auch sexueller Missbrauch und häusliche Gewalt sein. Den Mädchen und jungen Frauen wird darüber hinaus die kostenlose Möglichkeit angeboten, eine gynäkologische Untersuchung bzw. eine psychologische Beratung in einem Gesundheitszentrum in Anspruch zu nehmen. Wichtige Multiplikatoren wie LehrerInnen, SchuldirektorInnen sowie BehördenvertreterInnen werden ebenfalls durch Schulungen zu diesen Themen sensibilisiert.



Foto: Lakov Filimonov / Shutterstock.com

2.5. Libanon



Projektland: Libanon

Hauptstadt: Beirut

Größe: 10.452 km²

Einwohnerzahl: 5,8 Mio.

Sprachen: Arabisch u.a.

Human Development Index (HDI): 0,774 (61.)

Projekträger: Hilfswerk Austria

Laufzeit: 1.8.2015 bis 31.7.2016

Förderung: EUR 20.000,-

Titel: „Bildung für syrische Flüchtlingskinder“

Ausgangslage:

In Folge des Krieges in Syrien sind Millionen Menschen zu Flüchtlingen bzw. zu Binnenvertriebenen im eigenen Land geworden. Rund 1,5 Millionen Menschen haben Zuflucht im Nachbarland Libanon gefunden. Diese Zahl entspricht einem Viertel der Einwohnerzahl des Libanons und stellt eine enorme Belastung für die knappen Ressourcen des Staates dar. Während Handel, Tourismus und Investitionen stark rückläufig sind und zu sinkenden Staatseinnahmen führen, steigen die öffentlichen Ausgaben für die wachsende Zahl der Schutzsuchenden in den Sektoren Bildung, Gesundheit und Ernährung. Rund die Hälfte aller syrischen Flüchtlinge sind Kinder, von denen aber nur 100.000 in libanesischen Schulen unterrichtet werden können. Eine große Anzahl von Kindern bleibt daher von Bildung gänzlich ausgeschlossen. Diese Perspektivlosigkeit treibt viele Familien dazu, die lebensgefährliche Flucht über das Mittelmeer nach Europa zu riskieren.

Maßnahmen:

Um 500 Kindern einen Zugang zu Bildung zu ermöglichen, wird das Hilfswerk Austria International in Kooperation mit der libanesischen Organisation „Mouvement Social Libanon“ ein Projekt in einem Flüchtlingslager in Zahleh, einem Ort in der Bekaa- Ebene, realisieren. Mädchen und Buben im Alter von sechs bis vierzehn Jahren erhalten ein Jahr lang Unterricht in den Fächern Lesen, Schreiben, Mathematik, Naturwissenschaften sowie Sprachunterricht in Arabisch und Französisch. Damit soll eine Basisausbildung geschaffen werden und der spätere Übertritt in den Regelschulbetrieb ermöglicht werden.

Die psychosoziale Komponente des Projekts zielt darauf ab, die Kinder bei der Verarbeitung der traumatischen Erlebnisse von Krieg, Vertreibung und Flucht zu unterstützen. Ein Team von SozialarbeiterInnen und PsychologInnen wird durch Aktivitäten wie Kreativworkshops und Gesprächsgruppen sowie durch kulturelle und sportliche Tätigkeiten zur persönlichen Krisenbewältigung beitragen. Bezugnehmend auf das zweite Ziel der Millennium Development Goals, die allgemeine Grundschulbildung für Mädchen und Buben zu verwirklichen, ist dieses Projekt von enormer Wichtigkeit.



Foto: Thomas Koch / Shutterstock.com

2.6. Mali



Projektland: Mali

Hauptstadt: Bamako

Größe: 1,2 Mio. km²

Einwohnerzahl: 14,5 Mio.

Sprachen: Französisch u.a.

Human Development Index (HDI): 0,407 (176.)

Projekträger: Jugend Eine Welt

Laufzeit: 1.9.2015 bis 31.8.2016

Förderung: EUR 20.000,-

Titel: „Stärkung der Ernährungssicherheit“

Ausgangslage:

Die Bevölkerung des westafrikanischen Landes Mali leidet seit mehr als drei Jahren unter den Folgen einer extremen Dürre. Die ohnehin unterentwickelte Landwirtschaft kann die Ernährungssicherheit nicht mehr gewährleisten, sodass 800.000 Menschen auf externe Nahrungsmittelhilfe angewiesen sind. Erschwerend kommt der politische und militärische Konflikt im Norden Malis hinzu, der zu einer Flüchtlingsbewegung von 200.000 Menschen in den Süden des Landes geführt hat.

In der Region Segou leben die BewohnerInnen hauptsächlich von der Subsistenzlandwirtschaft. Diese Wirtschaftsweise ist anfällig für Krisen wie beispielsweise Trockenheit, Ernteauffälle oder steigende Bevölkerungszahlen. Den LandwirtInnen fehlt es am Zugang zu qualitativem Saatgut, an Wissen über diversifizierte Anbaumethoden und an Vermarktungsstrategien.

Maßnahmen:

Die entwicklungspolitische Organisation der Salesianer Don Boscos „Jugend Eine Welt“ wird daher in Zusammenarbeit mit der lokalen Zweigstelle in Mali ein Projekt zur Verbesserung der Ernährungssicherheit und zur Stärkung der wirtschaftlichen Situation der Frauen im Dorf Diarrakuy durchführen. Die geplanten Maßnahmen zielen darauf ab, den Frauen des Dorfes durch Ausbildung eine Perspektive in der Landwirtschaft zu geben und den Folgen von extremer Armut, Hunger und Krankheit entgegen zu wirken. Dazu erhalten 42 ausgewählte

Frauen Schulungen in Gemüseanbau, Bewässerung und Herstellung von biologischem Dünger. Weiters erfolgt eine Fortbildung in Methoden des angepassten Getreideanbaues und der Nutztierhaltung. Alle Frauen werden qualitativ hochwertiges Saatgut erhalten, dazu eine Grundausrüstung an landwirtschaftlichen Geräten. Zur Verbesserung der Wasserversorgung der Haushalte sowie zur Bewässerung der Agrarflächen wird ein Brunnen errichtet. In ergänzenden Trainings werden die organisatorischen Fähigkeiten der Frauen gestärkt und Strategien zur Vermarktung von Lebensmitteln in der Region geplant. Das Vorhaben baut auf Erfahrungswerten eines bereits erfolgreich abgeschlossenen Pilotprojekts in einem ähnlichen Dorf auf und ist daher auf Grund der nachhaltigen Verbesserung der Lebensumstände für die 400 BewohnerInnen von Diarrakuy in hohem Maße förderungswürdig.



Foto: Jugend Eine Welt

2.7. Nepal



Projektland: Nepal

Hauptstadt: Kathmandu

Größe: 147.181 km²

Einwohnerzahl: 26,5 Mio.

Sprachen: Nepali u.a.

Human Development Index (HDI): 0,54 (145.)

Projektträger: PHASE-Austria

Laufzeit: 1.12.2015 bis 31.5.2018

Förderung: EUR 20.000,-

Titel: „Bildungszugang für benachteiligte nepalesische Kinder “

Ausgangslage:

Nepal ist eines der unterentwickeltesten Länder der Welt. Die Lebenserwartung ist im Vergleich mit anderen Staaten Asiens in Nepal am geringsten, der Anteil an mangel- und unterernährten Kindern am höchsten. Als Gründe dafür gelten die geringe technische Infrastruktur, ein kaum entwickeltes Bildungs- und Gesundheitswesen sowie die geringe Produktivität der Landwirtschaft. Acht Prozent der Kinder erhalten gar keine Schulbildung und im nationalen Durchschnitt haben nur 18 Prozent der Frauen und 32 Prozent der Männer eine Sekundarschule abgeschlossen. Die Bildungssituation hat sich zwar in den letzten Jahren verbessert, es besteht jedoch vor allem in den abgelegenen Regionen ein großer Aufholbedarf. Viele Kinder müssen in der Landwirtschaft mitarbeiten und brechen daher oft den Schulbesuch vorzeitig ab. Mädchen sind besonders gefährdet, weil sie zusätzlich von früher Verheiratung und Mädchenhandel betroffen sein können. Ihre Bildung wird als zweitrangig erachtet. Demzufolge haben in den abgelegenen Bergregionen nur 30 Prozent der Buben die Grundschule abgeschlossen, bei den Mädchen sind es gar nur 20 Prozent.

Maßnahmen:

PHASE-Austria wird daher mit der lokalen Organisation PHASE-Nepal ein Schulungsprojekt in drei Dörfern der Region Humla durchführen. Diese Siedlungen liegen weit ab von Verkehrswegen und sind nur nach mehrtägigen Fußmärschen zu erreichen, sodass jegliche Logistik, aber auch die Rekrutierung von qualifiziertem Lehrpersonal, erschwert wird.

In einer ersten Phase werden Familien ausgesucht und für die Bedeutung der Bildung – gerade für Mädchen - sensibilisiert. Danach werden 120 Kinder im Alter von fünf bis zwölf Jahren ausgewählt, die entweder noch nie die Schule besucht oder vorzeitig abgebrochen haben. Je nach den jeweiligen Lebensumständen werden die Kinder entweder in einer Abendschule unterrichtet oder mittels eines finanziellen Anreizmodells in den Regelschulbetrieb integriert.

Das Projekt leistet damit einen wertvollen Beitrag zur nachhaltigen Transformation des nepalesischen Schulsystems und ist in Anbetracht der Erdbebenkatastrophe vom April 2015 von besonderer Dringlichkeit.



Foto: Pal Teravagimov / Shutterstock.com

2.8. Serbien



Projektland: Serbien

Hauptstadt: Belgrad

Größe: 77.474 km²

Einwohnerzahl: 7,1 Mio.

Sprachen: Serbisch, Ungarisch, Romanes u.a.

Human Development Index (HDI): 0,745 (77.)

Projekträger: Caritas

Laufzeit: 31.12.2015 bis 31.12.2016

Förderung: EUR 20.000,-

Titel: „Perspektiven für Roma in Südserbien“

Ausgangslage:

Serbien ist mit einem Nettodurchschnittseinkommen von EUR 330,- und dem 77. Rang beim Human Development Index bei 187 erfassten Staaten ein europäisches Entwicklungsland. Die serbischen Behörden haben zwar schon im Jahr 2002 einen Plan zur Verminderung der Armut vorgelegt, die Fortschritte wurden aber in den letzten Jahren als Folge der internationalen Wirtschaftskrise wieder zunichte gemacht. Ende 2010 lag die Armutsrate mit 9,2 Prozent einen Prozentpunkt über dem Wert vor der Krise.

Armut ist in Serbien vor allem ein ländliches Phänomen und betrifft überproportional sozial benachteiligte Gruppen wie beispielsweise die Roma. Die hohe Armutsrate innerhalb der Volksgruppe der Roma bedingt eine Vielzahl sozialer und gesundheitlicher Probleme, die sich auf die nachkommende Generation übertragen. Aufgrund der materiellen Not und der eigenen Bildungsferne besuchen Kinder aus diesen Familien oft nur unregelmäßig den Schulunterricht bzw. brechen die Ausbildung vorzeitig ab. Mädchen und Buben im Kindergartenalter werden überhaupt allein von der Familie erzogen, verlassen die romanessprachige Gemeinschaft nicht und kommen so auch nicht in Kontakt mit serbischsprachigen Kindern. In der Volksschule können diese Defizite kaum mehr kompensiert werden und so sind vorzeitige Schulabbrüche häufig die Folge. Ein weiteres Problem ist das traditionell frühe Heiratsalter, insbesondere bei Mädchen. Durch die Schwangerschaft im Teenageralter haben Mädchen keine Chance eine Berufsausbildung abzuschließen bzw.

selbstbestimmt ihre Lebensplanung zu verfolgen. Durch die ökonomische Abhängigkeit von den Herkunftsfamilien bleiben die Zukunftschancen sehr beschränkt.

Maßnahmen:

Die bisherige Arbeit der Caritas hat gezeigt, dass der wichtigste Entwicklungsfaktor für Roma der Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung ist. Die Caritas Wien wird daher in Zusammenarbeit mit der nationalen Zweigstelle ein Projekt zur Verbesserung Lebensumstände für Roma im Raum der Stadt Nis umsetzen. In einer Roma-Siedlung werden 40 Kinder für zwei Mal acht Monate lang die Möglichkeit zum Besuch eines Kindergartens erhalten. Dadurch werden sie Serbischkenntnisse erwerben, die für den späteren Schulbesuch dringend notwendig sind. Die Gruppen werden von einer ausgebildeten Pädagogin geleitet, die auch mit den Eltern regelmäßige Treffen organisieren wird, die zu einem besseren Verständnis über den Wert von Bildung beitragen werden.

In einem zweiten Projektteil wird für 30 Frauen und Mädchen aus der Roma-Siedlung Aleksinac die Teilnahme an einem Frauenforum ermöglicht, bei dem regelmäßig Wissen über Gesundheit, Familienplanung und Kindererziehung vermittelt wird. Ein Jahr lang werden laufend familienrelevante Fragen thematisiert werden. Das vorliegende Projekt stellt mit seinem sozialinklusiven Ansatz eine förderungswürdige Maßnahme im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit der Stadt Wien dar.

2.9. Simbabwe



Projektland: Simbabwe

Hauptstadt: Harare

Größe: 390.757 km²

Einwohnerzahl: 13 Mio.

Sprachen: Shona, Ndebele, Englisch u.a.

Human Development Index (HDI): 0,492 (156.)

Projektträger: Nord-Süd-Kooperation

Laufzeit: 1.8.2015 bis 31.7.2016

Förderung: EUR 20.000,-

Titel: „Primarschulen in IDP-Communities“

Ausgangslage:

Das südostafrikanische Land Simbabwe war in den letzten sechzehn Jahren von Einschränkungen ziviler Freiheiten, politischer Gewalt, einer kontroversen Landreform mit Zwangsenteignungen kommerzieller Farmen und einer dramatischen ökonomischen Krise gekennzeichnet. Zwischen den Jahren 2000 und 2010 schrumpfte die einst blühende Volkswirtschaft um 40 Prozent. Mit dem Niedergang der einst produktiven und exportorientierten Landwirtschaft ging eine Hyperinflation einher, die zu einer Massenarmut und Abwanderung großer Bevölkerungsteile geführt hat. Nach der Einführung des US-Dollars bzw. des südafrikanischen Rands hat sich die Wirtschaft auf niedrigem Niveau stabilisiert. Zwar ist die politische Situation nach wie vor fragil, doch die dringend notwendige entwicklungspolitische Arbeit zur Verbesserung der Lebensumstände der Bevölkerung ist wieder möglich.

Eine besonders von den Repressionen des Regimes betroffene Gruppe sind die 1,5 Millionen Intern Vertriebenen (engl. Internally Displaced Persons, IDP). Die meisten von ihnen sind ehemalige FarmarbeiterInnen, die ihre Arbeitsstellen und Wohnmöglichkeiten verloren haben und nun ohne geregelttes Einkommen in informellen Siedlungen leben. Die systematische Ausgrenzung hat zu einer Marginalisierung dieser Menschen in allen Lebensbereichen geführt. In einem hohen Ausmaß sind Kinder die Opfer dieser verfehlten Politik, da sie keinen Zugang zu elementarer Schulbildung haben.

Maßnahmen:

Die „Nord-Süd Kooperation“ wird daher mit der lokalen Partnerorganisation „Zimbabwe Community Development Association, ZCDA“ ein jähriges Projekt in den Provinzen Mashonaland East, Mashonaland Central, Mashonaland West und Matabeleland zur Grundschulbildung von 200 Kindern umsetzen. Das Projekt wird mit einer Informationskampagne für Eltern über die Bedeutung von Bildung gestartet. Ebenso wird mit Schulen und der jeweiligen Distriktverwaltung die Projektstrategie besprochen und ein Plan zur Übernahme der Kinder in den Regelschulbetrieb nach Projektende vereinbart. Für 200 Kinder wird die Finanzierung der Schulkosten ermöglicht, die sonst nicht am Unterricht teilnehmen könnten. Während der Projektlaufzeit werden regelmäßig Dialogveranstaltungen zu Fragen der Bildung sowie zur Einkommensgenerierung für arme Familien abgehalten. Das vorliegende Projekt stellt somit eine in hohem Maße förderungswürdige Verbesserung der Lebensumstände der ländlichen Bevölkerung Simbabwe dar.

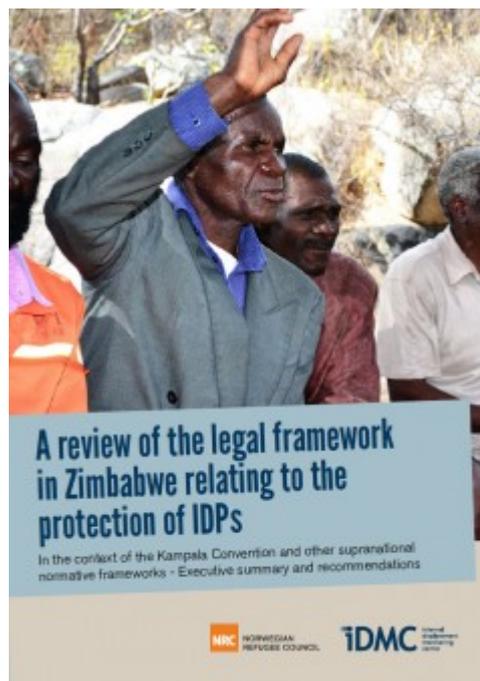


Foto: www.internal-displacement.org

2.10. Süd-Sudan



Projektland: Süd-Sudan

Hauptstadt: Juba

Größe: 644.329 km²

Einwohnerzahl: 12 Mio.

Sprachen: Englisch, Arabisch, Dinka, Nuer u.a.

Human Development Index (HDI): nicht erfasst

Projektträger: Österreichisches Rotes Kreuz

Laufzeit: 1.8.2015 bis 31.7.2016

Förderung: EUR 20.000,-

Titel: „Hygiene und Wasserversorgung in Aweil“

Ausgangslage:

Die Republik Süd-Sudan wurde nach jahrzehntelangem Bürgerkrieg im Jahr 2011 ein von der Republik Sudan unabhängiger Staat. Bereits Ende des Jahres 2013 flammten erneut Kämpfe entlang der umstrittenen Grenze zwischen den beiden Ländern auf. Zusätzlich führten ethnische und politische Gegensätze innerhalb des Süd-Sudans zu einem Bürgerkrieg, der bisher ca. 50.000 Todesopfer forderte und rund 1,5 Millionen Menschen zu Flüchtlingen werden ließ. Die Lebensumstände der Bevölkerung sind katastrophal, denn wiederkehrende Dürren, Überschwemmungen und Epidemien sind eine ständige Bedrohung der Existenzgrundlage. Im Teilstaat Northern Bahr El Gazhal leben 721.000 Menschen, 72 Prozent davon in absoluter Armut. Die Lebenserwartung liegt bei Frauen bei 56,3 Jahren und bei Männern bei 54,2 Jahren. Die Kindersterblichkeit unter fünf Jahren liegt bei 10,4 Prozent. Weiters fehlt ein funktionierendes Gesundheitswesen und das grundlegende Wissen zu den Themen Hygiene und Krankheiten. Selbst der Zugang zu Wasser ist für die BewohnerInnen der Provinz nicht gewährleistet. Nur rund 40 Prozent verfügen über eine gesicherte Versorgung mit sauberem Trinkwasser, während die Mehrheit der Bevölkerung aus desolaten Brunnen oder aus verschmutzten Wasserstellen ihr Wasser bezieht. Neben der prekären Wasserversorgung stellt auch die sanitäre Situation ein gesundheitliches Risiko dar, denn 96 Prozent verfügen über keine Toiletten.

Maßnahmen:

Um die dringend notwendige Versorgung mit Trinkwasser sicherzustellen, wird das Österreichische Rote Kreuz in Kooperation mit dem Süd-Sudanesischem Roten Kreuz ein Projekt in fünf Dörfern des Bezirks Aweil in der Provinz Northern Bahr El Gazhal zum Bau und Betrieb von Handpumpen umsetzen. Dazu werden in allen Dörfern Wasserkomitees gegründet, die sich aus Frauen und Männern zusammensetzen. Ihre Aufgabe wird es sein, sich an den Bauarbeiten der Wasserentnahmestellen zu beteiligen und langfristig die Wartung der Handpumpen zu übernehmen. Wiederkehrende Schulungen zum Betrieb und zur Reparatur der Anlagen sichern die nachhaltige Umsetzung des Projekts. In Ergänzung zur Herstellung der Wasserversorgung erfolgt die Einrichtung von Hygienekomitees. Die TeilnehmerInnen der Hygieneschulungen werden befähigt, den Zusammenhang zwischen verunreinigtem Wasser und Krankheitserregern zu erkennen und diesbezüglich zu handeln.



Foto: Rotes Kreuz

2.11. Uganda



Projektland: Uganda

Hauptstadt: Kampala

Größe: 241.040 km²

Einwohnerzahl: 35 Mio.

Sprachen: Englisch, Swahili, Luganda u.a.

Human Development Index (HDI): 0,484 (164.)

Projekträger: ADRA

Laufzeit: 1.9.2015 bis 31.8.2016

Förderung: EUR 20.000,-

Titel: „Einkommensförderung aus Landwirtschaft und Frauenrechte“

Ausgangslage:

Das ostafrikanische Land Uganda liegt beim Human Development Index der Vereinten Nationen bei 187 erfassten Staaten an 164. Stelle. Mit einem jährlichen Bevölkerungswachstum von 3,3 Prozent zählt Uganda zu den am schnellsten wachsenden Ländern. Von derzeit 40,1 Millionen EinwohnerInnen wird sich die Bevölkerungszahl bis zum Jahr 2025 vermutlich auf 55,5 Millionen erhöhen. Dieses rasante Wachstum bei gleichzeitiger Verknappung der verfügbaren Siedlungs- und Agrarflächen betrifft in negativer Weise die indigene Volksgruppe der Batwa.

Die Batwa lebten bis zum Beginn der 1990er Jahre in einer traditionellen Lebensweise in den Wäldern Südwest-Ugandas. Durch Abholzung der Wälder und den Siedlungsdruck mussten die letzten 3.000 Batwa ihr Wohngebiet verlassen. Im Einzugsgebiet der Kleinstadt Kisoro leben derzeit 1.600 Batwa, die auf Hilfslieferungen angewiesen sind. Ohne Land und ohne Ausbildung haben sie keine Chance, für ihren Lebensunterhalt selbst aufzukommen. Auf Grund der nicht vorhandenen Basisbildung und der fehlenden ökonomischen Grundlage leben sie in extremer Armut. Eine Folge dieser Perspektivlosigkeit ist auch häusliche Gewalt.

Maßnahmen:

ADRA Österreich wird daher gemeinsam mit ADRA Uganda ein einjähriges Projekt in Kisoro zur Gewaltprävention und zum Erwerb ökonomisch verwertbarer Fertigkeiten umsetzen. Zunächst werden 100 Haushalte zum Thema geschlechtsspezifische Gewalt sensibilisiert.

Anschließend folgen regelmäßige Workshops und die Ausbildung von MultiplikatorInnen innerhalb der Siedlung, die in der Folge monatliche Treffen und Besuche bei den Haushalten durchführen werden. Um noch zusätzliche Kommunikationswege zu nutzen, werden bebilderte Informationsblätter gedruckt und monatlich Sendungen im Lokalradio zum Thema geschlechtsspezifische häusliche Gewalt ausgestrahlt. Die lokalen Behörden, die Kirchengemeinden und die Polizei von Kisoro sind in das Projekt eingebunden und werden in einem Spezialseminar fortgebildet.

In einer zweiten Phase wird die Nahrungssicherheit durch Selbstversorgung gestärkt. Dazu erhalten 200 Batwa eine Ausbildung in Anbaumethoden anhand von fünf zu errichtenden Schulungsgärten. Den TeilnehmerInnen werden replizierendes Saatgut und Ziegen für die Viehzucht zur Verfügung gestellt. Um den sozialen Zusammenhalt zu stärken, werden die Haushalte ermutigt, sich zu Farmergruppen zusammen-zuschließen. In diesem Sinn werden auch fünf Spar- und Kreditgruppen auf Dorfebene eingerichtet. Zusätzlich erhalten noch 100 Haushalte energiesparende Öfen. Das vorliegende Projekt ist somit im hohen Maß geeignet, eine besonders marginalisierte ethnische Gruppe bei der Verbesserung ihrer Lebensumstände zu unterstützen.



Foto: ADRA Österreich

2.12. Uganda (2)



Projektland: Uganda

Hauptstadt: Kampala

Größe: 241.040 km²

Einwohnerzahl: 35 Mio.

Sprachen: Englisch, Swahili, Luganda u.a.

Human Development Index (HDI): 0,484 (164.)

Projekträger: Österreichisch-Ugandische Freundschaftsgesellschaft

Laufzeit: 31.12.2015 bis 30.6.2016

Förderung: EUR 20.000,-

Titel: „Internatsgebäude für eine höhere Berufsschule“

Ausgangslage:

Das ostafrikanische Land Uganda hat in den letzten Jahren eine positive Entwicklung erlebt. In diesem Schwerpunktland der österreichischen Entwicklungs-zusammenarbeit hat sich auch die Stadt Wien in den letzten Jahren mehrfach mit Projekten eingebracht. Die Armut konnte stark verringert werden, die Lebenserwartung und das Pro-Kopf-Einkommen sowie der Zugang zur Grundschulbildung und zu sauberem Wasser sind gestiegen. Trotzdem bleiben enorme Herausforderungen für Uganda bestehen, da das Land laut dem Human Development Index (HDI) nur an 164. Stelle von 187 erfassten Staaten gereiht ist. Mehr als die Hälfte der rund 37 Millionen EinwohnerInnen Ugandas ist jünger als zwanzig Jahre alt und geht keiner formalen Beschäftigung nach. Rund 80 Prozent der Menschen leben von der Subsistenzlandwirtschaft. Dem Bildungssektor kommt daher bei der Verbesserung der Lebensumstände in Zukunft eine verstärkte Bedeutung zu.

Maßnahmen:

Die Österreichisch-Ugandische Freundschaftsgesellschaft wird daher in Zusammenarbeit mit der lokalen NGO „A Chance for Children“ die Errichtung eines Internatsgebäudes an einer höheren Berufsschule umsetzen. Seit Februar 2015 besteht in der Ortschaft Nateete eine berufsbildende höhere Schule, die formales und praktisches Wissen vermittelt, um es den AbsolventInnen in Zukunft zu ermöglichen, im Agrarsektor oder im Handwerksbereich selbstständig tätig zu werden. Die Schule wird derzeit von 160 SchülerInnen besucht, von

denen nur 60 am Schulstandort auch wohnen können. Da aber die Wohnsituation der Familien sehr prekär ist bzw. in dieser ländlichen Region lange Schulwege zu bewältigen sind, ist ein Lernerfolg nur bei einer Unterbringung am Schulcampus gewährleistet. Durch den Bau eines zusätzlichen Internatsgebäudes mit zwei Schlafsälen werden daher weitere 64 Jugendliche die Möglichkeit erhalten, im Internat zu wohnen und am Schulbetrieb teilzunehmen. Diese Maßnahme ermöglicht es insbesondere auch Mädchen, einen Abschluss an einer berufsbildenden höheren Schule zu erwerben.



Foto: ÖUFG



Foto: ÖUFG

3. Sonderprojekt Südafrika



Projektland: Südafrika

Hauptstadt: Pretoria

Größe: 1.219.912 km²

Einwohnerzahl: 54 Mio.

Sprachen: Afrikaans, Englisch, Süd-Ndebele, isiXhosa, isiZulu, Nord-Sotho, Sesotho, Setswana, Siswati, Tshivenda, Xitsonga

Human Development Index (HDI): 0,658 (118.)

Projektträger: S2Arch - Social and sustainable architecture

Laufzeit: 10.02.2014 bis 31.12.2015

Förderung: EUR 50.000,-

Titel: „Errichtung und Sanierung von Schulgebäuden“

Ausgangslage:

In der Republik Südafrika besteht noch immer eine extrem große soziale Ungleichheit zwischen den Bevölkerungsgruppen. In den Wohngebieten der Bevölkerungsmehrheit, die in den Zeiten der rassistischen Apartheid systematisch ausgegrenzt wurde, besteht ein großer Bedarf an schulischer Infrastruktur. Diesem Umstand entsprechend, errichtet und betreibt der Verein „s2Arch“ seit vielen Jahren in Kooperation mit lokalen Schulvereinen und europäischen Universitäten Schulen.

Maßnahmen:

Um das „Ithuba Community College“ in einem Township bei Johannesburg sowie das „Ithuba Wild Coast Community College“ in Port Edward in der Provinz Eastern Cape weiter auszubauen und für mehr SchülerInnen zugänglich zu machen, sind zusätzliche Schulgebäude notwendig. Gleichzeitig müssen dringend notwendige Sanierungsmaßnahmen erfolgen. Gegenwärtig besuchen rund 260 Kinder die Schule in Johannesburg und rund 100 Kinder die Schule in Port Edward. Im Endausbau sollen in Johannesburg ca. 330 Kinder und in Port Edward ca. 200 Kinder unterrichtet werden können.

Ziel des Projektes ist es, mittels qualifizierter Bildung den Kindern in den Townships und in den ländlichen Regionen neue Perspektiven jenseits von Armut und Gewalt zu geben.

Die Baumaßnahmen werden mit Fachleuten europäischer Universitäten entwickelt und mit Studierenden dieser Universitäten gemeinsam mit lokalen Arbeitskräften in Südafrika umgesetzt. In Johannesburg wird ein Grundschulgebäude errichtet, an bestehenden Klassenräumen, Toiletten und an einer Küche Sanierungen durchgeführt sowie Möbel hergestellt. In Port Edward werden zwei Grundschulgebäude errichtet sowie kleinere Sanierungen an bestehenden Einrichtungen erfolgen.

Beide Bauprojekte sind mit den südafrikanischen Schulbehörden koordiniert und mit dem Entwicklungsplan des Landes abgestimmt. Da die Stadt Wien bereits in den vergangenen Jahren mit dem Verein „S2Arch“ Schulbauprojekte erfolgreich umgesetzt hat, entspricht die Förderung des nun eingereichten Projekts dem Prinzip der nachhaltigen Kooperation.

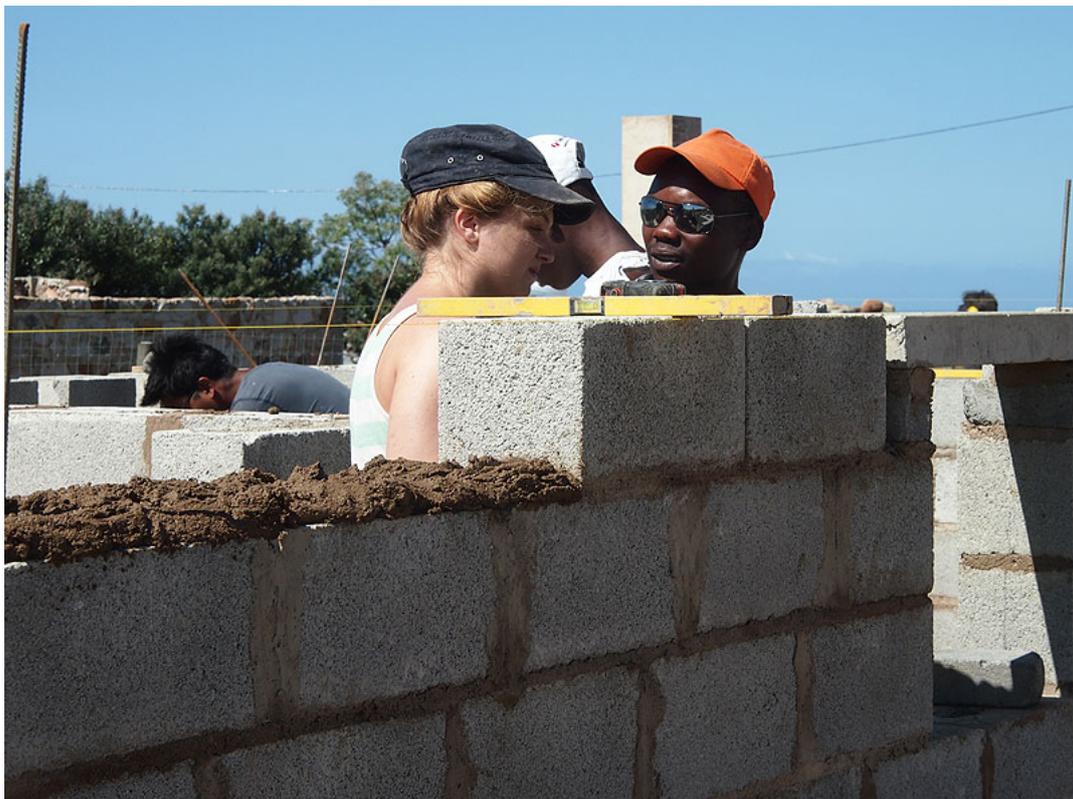


Foto: s2arch - social and sustainable architecture

4. Wiederaufbauhilfe: Nepal - Bundesländerprojekt



Projektland: Nepal
Hauptstadt: Kathmandu
Größe: 147.181 km²
Einwohnerzahl: 26,5 Mio.
Sprachen: Nepali u.a.
Human Development Index (HDI): 0,54 (145.)

Projekträger: ADA

Förderung: EUR 200.000,-

Ausgangslage:

Im April und Mai 2015 ereigneten sich in Nepal katastrophale Erdbeben, bei denen rund 9.000 Tote und mehr als 23.000 Verletzte zu beklagen waren. Die Zerstörungen betrafen sowohl das Kathmandutal als auch abgelegene Bergregionen im Zentrum des Landes. An die 600.000 Häuser wurden komplett zerstört, mehr als 300.000 weitere beschädigt. Auch an der Infrastruktur in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Landwirtschaft und Verkehr entstand enormer Schaden. Schon vor der Erdbebenkatastrophe galt Nepal als eines der unterentwickeltesten Länder der Welt. Die Lebenserwartung ist im Vergleich mit anderen Staaten Asiens in Nepal am geringsten, der Anteil an mangel- und unterernährten Kindern am höchsten. Als Gründe dafür gelten die geringe technische Infrastruktur, ein kaum entwickeltes Bildungs- und Gesundheitswesen sowie die geringe Produktivität der Landwirtschaft.

Maßnahmen:

Nach den ersten Maßnahmen der Katastrophenhilfe gilt es jetzt den nachhaltigen Wiederaufbau in Nepal zu unterstützen. Dazu haben sich drei österreichische Bundesländer bereit erklärt, ihre diesbezüglich vorgesehenen Geldmittel zu bündeln und gemeinsam mit der Austrian Development Agency (ADA) Projekte zum Wiederaufbau zu fördern. Das Land Oberösterreich stellt dazu EUR 60.000,- und Vorarlberg EUR 30.000,- zur Verfügung. Zusammen mit dem für Wien beabsichtigten Betrag von EUR 200.000,- wird diese Summe

aus Mitteln des Bundes auf die Gesamthöhe von EUR 850.000,- aufgestockt. Somit ergibt sich aus dieser Initiative der Bundesländer ein echter Mehrwert, der zu einer Erhöhung der Wirksamkeit und der Sichtbarkeit der Hilfe aus Österreich beitragen wird. Die Abwicklung des gemeinsamen Projekts wird über die Austrian Development Agency, die eine Ausschreibung zur Einreichung von Projekten an entwicklungspolitische NGOs veranlasst hat, erfolgen. Mit den Finanzmitteln der Stadt Wien und der anderen österreichischen Gebietskörperschaften werden vorrangig Projekte zur Wiederherstellung von Wohnraum, zur Wasserversorgung, zur Sicherstellung der Ernährung und zur Abdeckung anderer dringender Grundbedürfnisse umgesetzt.

Umsetzende NGO in Nepal und Projekttitle:

ÖRK: Emergency shelter and disaster preparedness assistance in Nepal

CARE: Emergency Water, Sanitation and Hygiene Support to Vulnerable Earthquake Affected Communities in Nepal

Caritas: Shelter reconstruction and skills trainings Nepal earthquake

WWA: Emergency and recovery health assistance for earthquake affected communities in Sindhupalchok

5. Entwicklungspolitische Fachtagung

Anlässlich der entwicklungspolitischen Fachtagung der Stadt Wien zum Thema „Junge Stimmen für Entwicklung“ sprachen am 1. Dezember 2015 im Wiener Rathaus ExpertInnen zu aktuellen Fragen der jüngst beschlossenen Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) der Vereinten Nationen. Gemeinderätin Mag.a Muna Duzdar wies in ihrer Begrüßung auf die Bedeutung des Themas im Zusammenhang mit dem globalen Recht auf Bildung hin und betonte die Notwendigkeit der Bewusstseinsbildung.

Die Fachtagung, die in Zusammenarbeit mit der Agentur Südwind veranstaltet wurde, stand im Zeichen der Nachhaltigen Entwicklungsziele und des Europäischen Jahrs für Entwicklung 2015. Aufschlussreiche Vorträge von nationalen und internationalen Gästen thematisierten die Frage, welche Herausforderungen sich der Entwicklungspolitik für die Zukunft unserer Jugend stellen. Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung sind Menschen unter 25 Jahren. Viele davon leben in Ländern des Globalen Südens und sind von Armut betroffen. Um allen Jugendlichen auf der Welt eine bessere Zukunft bieten zu können, wurden im September 2015 die Nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals, SDGs) beschlossen. Weltweit waren Jugendorganisationen in den Prozess miteingebunden. Herausgekommen sind dabei „17 Ziele für die Welt“. Schwerpunkte sind die Themenbereiche Ernährung, Armutsbekämpfung und Bildung mit Zielsetzungen für Kinder und Jugendliche.

Antonia Wulff von der Organisation „Education International“ in Brüssel hob den neuen Ansatz der SDGs hervor, bei dem bis zum Jahr 2030 allen Kindern eine qualitätsvolle Bildung in der Primar- und Sekundarstufe garantiert werden soll. Dazu bedarf es enormer Investitionen in die Infrastruktur sowie bei der Lehrpersonalausbildung. Jacob Sovoessi brachte Beispiele der Arbeit aus Benin ein, bei der der Fokus auf der Ausbildung von benachteiligten Kindern sowie auf Alphabetisierung von Frauen liegt. Harrison Obeng Debra aus Ghana verfolgt bei seinem Engagement bei der NGO „Young People We Care“ einen ähnlichen Ansatz. Beide Referenten stimmten darin überein, dass die Jobaussichten für Jugendliche in Afrika in der Selbstständigkeit liegen.

Dass ein einjähriges Volontariat in einem Sozialprojekt ein Beitrag zum Globalen Lernen sein kann, berichtete Johanna Rachbauer. Ihr ehrenamtlicher Einsatz für armutsgefährdete Kinder in der Republik Kongo war eine Lebenserfahrung, die sie auch für das kommende Berufsleben bereichern wird.



Foto: MD-EUI



Foto: MD-EUI

6. Entwicklungspolitische Bildungsarbeit

Am 25. November 2015 diskutierten Mag.a Andrea Schmid, Leiterin des Referats Zivilgesellschaft International der Austrian Development Agency sowie DI Friedbert Ottacher, Experte für Entwicklungspolitik, gemeinsam mit Studierenden zum Thema „Entwicklungszusammenarbeit auf dem Prüfstand“. Dabei wurde die Frage, ob die Mechanismen der Entwicklungszusammenarbeit der letzten Jahrzehnte effizient waren und zur Armutsminderung beitragen konnten, oder ob es in Zukunft vollkommen andere Formen der wirtschaftlichen Kooperation braucht, kontroversiell diskutiert.



Expert/innen und Studierende im Redewettstreit

"Entwicklungszusammenarbeit auf dem Prüfstand"

Debatte mit Studierenden und Diskussion mit dem Publikum

Mag. Andrea SCHMID; Leiterin Zivilgesellschaft International, Austrian Development Agency
DI Friedbert OTTACHER; Experte für Entwicklungszusammenarbeit

Mittwoch, 25. November 2015
Beginn 19:00 Uhr (18:30 Einlass)

Hofburg/Stallburg
Reitschulg. 2/2. OG
1010 Wien

Im Anschluss an die Debatte lädt die Stadt Wien zu einem kleinen Buffet!



7. Humanitäre Hilfe

7.1. Spitalsbekleidung für den Kosovo



Nicht mehr benötigte Spitalsuniformen und zwei Chirurgiegeräte aus dem Bestand der Stadt Wien wurden dem Österreichischen Bundesheer, das im Rahmen der KFOR im Kosovo tätig ist, übergeben. Das Team der zivil-militärischen Zusammenarbeit (CIMIC) konnte damit das städtische Krankenhaus in Prizren auch mit dringend benötigter Arbeitsbekleidung versorgen. Da es den Krankenhäusern des Landes auch an geeigneter Arbeitsbekleidung für das medizinische und pflegerische Personal mangelt, wurde die Hilfslieferung im Ausmaß von 1.800 Stück gebrauchter Bekleidung dankbar angenommen.



Foto: MD-EUI

7.2. Schulmöbel für die Slowakei



Seit mehreren Jahren unterstützt die Stadt Wien den Verein „Direkthilfe Roma“ bei der Projektarbeit in der Slowakei mit Sachgütern.

Für sozial benachteiligte Kinder aus Roma-Familien in Gortva wurden Schulmöbel zur Einrichtung von zwei Klassen zur Verfügung gestellt, ebenso einige Kindergartenmöbel.

Die alten Schulmöbel...



Foto: Direkthilfe Roma

...und die neuen Schulmöbel aus Wien.



Foto: Direkthilfe Roma

7.3. Spitalsmöbel für Rumänien



Seit mehreren Jahren unterstützt die Magistratsdirektion – Geschäftsbereich Europa und Internationales die Stadt- bzw. Kreisverwaltung der rumänischen Stadt Sibiu (dt. Hermannstadt). Dank der wiederholten materiellen Hilfe aus Wien kann erneut der rumänische Sozial- und Gesundheitssektor in Zusammenarbeit mit der Organisation „Austria pro Romania“ gestärkt werden. Die Güter werden mit 12 Sattelschleppern schwerpunktmäßig zur Abteilung für Psychiatrie des Spitals in Hermannstadt/Sibiu und zum Spitalskomplex in Targu Mures transportiert. Zur Abwicklung der Demontage und der Verladung auf LKWs reisten auch Angestellte der Empfängerorganisationen aus Sibiu und Targu Mures nach Wien. Mit großem Fleiß wurden die Verladungsarbeiten, die äußerste physische Anstrengung bedeuteten, von Freigängern aus der Justizanstalt Simmering unterstützt. Sowohl die Abteilung für Psychiatrie in Hermannstadt/Sibiu als auch der Spitalskomplex in Targu Mures/Neumarkt haben einen dringenden Bedarf zur besseren Ausstattung der Räumlichkeiten. Targu Mures/Neumarkt hatte bisher noch keine Spenden aus Wien erhalten. Der Spitalskomplex Targu Mures umfasst 17 Gebäude, welche zum Großteil mit inadecuaten Betten und Ausstattungsgegenständen bestückt sind. Über 1.500 PatientInnen müssen im Normalfall mit einem alten Stahlrohrbett vorlieb nehmen. Die Spenden aus Wien stellen daher eine hochgeschätzte Verbesserung dar.



Foto: MD-EUI

7.4. Spitalsbetten für die Ukraine



Im Rahmen der humanitären Hilfe wird 2015 ein großes Kontingent an Spitalsmöbel abgegeben. Aus Beständen ehemaliger Geriatriezentren stehen der MD-EUI Spitalsmöbel für die humanitäre Hilfe in Osteuropa zur Verfügung. Im Juni erfolgt die Verladung von 100 Spitalsbetten, 100 Matratzen und 100 Nachtkästchen für ein Spital in Dnepropetrovsk.

7.5. Schulmaterialien für die Ukraine



Bereits zum wiederholten Mal konnte in Kooperation mit der Österreichischen Botschaft in Kiew eine humanitäre Weihnachtsaktion für Kinder in der Ukraine organisiert werden. Aus Beständen des Tandlermarktes der MA 48 wurden 16 Kartons mit Winterbekleidung und Lernspielen für deutschsprachige Kindergärten und Schulen in der Ukraine abgegeben.



Foto: MD-EUI

7.6. Unterstützung humanitärer Hilfslieferungen

Die MD-EUI unterstützte auch humanitäre Hilfslieferungen von NGOs durch die Refundierung von Transportkosten. Medizinische und technische Ausrüstung wurde 2015 in folgende Länder geliefert:

Moldau:

Krankenbetten und medizintechnische Geräte für das Spital in Edinet
(Verein Confinis)

Moldau:

Röntgenanlage für das Spital in Balti
(Verein Confinis)

Rumänien:

50 Krankenbetten für das Gesundheitszentrum im Sabaoani
(Pfarre Arsenal)

Syrien:

Humanitäre Hilfsgüter und Schulmaterialien
(Melkitische Gemeinde)

Kap Verde:

46 OP-Container zur wartungsfreien Instrumentensterilisation und Motorspritzen für das Hospital Agostinho Neto in Praia.
(Verein Cosmas)



Foto: Verein Cosmas

8. Vernetzung

Die Stadt Wien steht im inhaltlichen Erfahrungsaustausch mit den anderen staatlichen Stakeholdern der OEZA. Die einmal im Jahr stattfindende „Bund-Länder-Tagung“ ist dabei ein willkommener Anlass für VertreterInnen der Bundesministeriums für Europa, Integration und Äußeres, der Austrian Development Agency (ADA) und der Bundesländer, sich über aktuelle Fragen und Trends in der Entwicklungszusammenarbeit zu informieren. Das Treffen der ExpertInnen fand im Mai 2015 auf Einladung des Landes Tirol in Innsbruck statt.

Impressum:

Stadt Wien

Magistratsdirektion – Geschäftsbereich Europa und Internationales

Text: Mag. Bernhard Bouzek

Friedrich Schmidt Platz 3

1082 Wien

Wien, Jänner 2016